

Der Kampf unserer Partei um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und um die Entwicklung der Volksbewegung in Westdeutschland

Im Verlauf der Berichtsperiode haben sich in Westdeutschland bedeutsame Veränderungen in der Lage vollzogen. Das Hauptmerkmal der Entwicklung besteht in der Verschärfung der Auseinandersetzung der Arbeiterklasse und der friedliebenden Volksmassen mit der Politik der Adenauer-Regierung, die auf die Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges gerichtet ist. Die Entwicklung des Massenkampfes vollzieht sich nicht einheitlich und gradlinig. Die führenden Kreise des westdeutschen Monopolkapitals verstehen es noch immer, große Teil der Bevölkerung zu täuschen und ihre Aggressionspolitik zu tarnen. Sie bedienen und bedienen sich des Antikommunismus und der Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen das gesamte sozialistische Lager, um ihre Aggressionspläne und -absichten zu verbergen und Chauvinismus und Revanchismus zu fördern. Sie schufen große Illusionen über das sogenannte „Wirtschaftswunder“ und verbreiteten durch den Monopolbesitz an Presse, Rundfunk und Film arbeiterfeindliche Theorien, mit denen sie die angebliche Stabilität ihrer monopolkapitalistischen Wirtschaft priesen. Dabei wurden sie unterstützt von rechten Führern der SPD und des DGB, die gleichfalls die verlogenen Theorien von der angeblichen Überwindung des Klassenkampfes, der Notwendigkeit der Sozialpartnerschaft, des Miteigentums durch Kleinaktien usw. in die Arbeiterklasse hineintrugen.

Wie die Tatsachen zeigen, verschärfte die Adenauer-Regierung den Klassenkampf. Diese Verschärfung des Klassenkampfes hatte aber auch zur Folge, daß sich Massenkämpfe gegen den Militarismus, gegen die atomare Aufrüstung und gegen die verschärfte Ausbeutung entfalteten.

Unsere Partei widmete in der Berichtsperiode dem Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die Bonner Kriegstreiber alle Aufmerksamkeit, weil darin die Kraft begründet liegt, durch eine breite Volksbewegung den Krieg zu verhindern und den Frieden zu garantieren.

Im Bericht auf der III. Parteikonferenz wurde gesagt:

„Wir sind unsererseits bereit, alles, was in unseren Kräften steht,